

# Berichte zur Quellenlage

*Klaus Mertsching*<sup>1</sup>

## Europäische Integration und Gewerkschaften im Spiegel der Akten des DGB-Archivs (Archiv der sozialen Demokratie, Bonn)

„Gerade nach dem Ende des 2. Weltkrieges waren deutsche Gewerkschaften akzeptierte Repräsentanten in Europa, die sich für Frieden, Zusammenarbeit, Verständigung und Ausöhnung über die Grenzen hinweg für ein gemeinsames Europa engagierten mit dem Ziel, nationales Denken zu überwinden. Gewerkschaften haben als große Friedensbewegung eine besondere Verantwortung, für die europäische Idee einzutreten.“<sup>2</sup> Diese Aussage aus dem Grundsatzprogramm des DGB von 1996 spiegelt den Anspruch der größten deutschen Dachorganisation von Einzelgewerkschaften wider, der Idee der europäischen Einigung stets besondere Beachtung und Unterstützung gewidmet zu haben.

Am Anfang der Gewerkschaftsbewegung stand der Gedanke, dass sich die verelendeten und ihrer Rechte beraubten Arbeitnehmer aller Länder zusammenschließen sollten. Ausgehend von dieser Prämisse sind gemeinsame Forderungen zur sozialen Gesetzgebung, den Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit und dem Arbeitsentgelt gestellt worden. Es war also nicht verwunderlich, dass der DGB seit seiner Gründung die Idee der europäischen Integration nicht nur als reinen wirtschaftlichen Zusammenschluss betrachtete, sondern auch die politischen, sozialen und kulturellen Dimensionen berücksichtigte. Die ersten Jahrzehnte der gewerkschaftlichen Handlungsebenen waren geprägt durch die Herausforderung zur aktiven Mitarbeit und Gestaltung einer internationalen Gewerkschaftspolitik sowie den politischen und gesellschaftlichen Folgen der europäischen Wirtschaftsintegration.

Im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses schafften die nationalen Gewerkschaften zunächst neue europäische gewerkschaftliche Strukturen. Die sieben dem Internationalen Bunde freier Gewerkschaften (IBFG) angehörenden Gewerkschaftsbünde der 1958 mit den „Römischen Verträgen“ errichteten EWG und EURATOM bildeten eine gemeinsame Organisation unter dem Namen „Europäisches Gewerkschaftssekretariat“, dem Vorläufer

- 1 Grundlegend sei darauf verwiesen, dass sich im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung umfangreiche Bestände der DGB-Gewerkschaften und der europäischen Gewerkschaftsorganisationen befinden, auf die ich im Rahmen dieser Ausführungen nicht vertiefend eingehen werde. Zu den Gewerkschaftsbeständen siehe detailliert die Homepage des AdsD und der Bibliothek der FES unter: <[www.fes.de](http://www.fes.de)>.
- 2 Grundsatzprogramm des DGB „Die Zukunft gestalten“, beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongress am 13.–16.11.1996 in Dresden. Siehe V.4 „Die Zukunft der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in Europa“, S. 37.

des im April 1969 in Den Haag gegründeten „Europäischen Bund der freien Gewerkschaften in der Gemeinschaft“ (EBFG). Abgelöst wurde letzterer von dem im Februar 1973 in Brüssel gegründeten „Europäischen Gewerkschaftsbund“ (EGB), der eine wirksamere Vertretung der Arbeitnehmerinteressen gegenüber der Kommission und dem Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft sein sollte.<sup>3</sup>

War für den DGB die europäische Integration anfänglich in erster Linie ein Beitrag zur Sicherung des Friedens und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation der Arbeitnehmer, ging es für die Gewerkschaften seit den 1970er Jahren zunehmend darum, dass die europäische Einigung nicht nur wirtschaftliche Ziele verfolgen dürfe, sondern klare soziale Ziele anstrebe, die mit einer bewussten Politik erreicht werden sollten.<sup>4</sup> Das DGB-Grundsatzprogramm von 1981 betonte das aktive Einsetzen des DGBs für die politische Integration Europas mit den Worten: „Die wirtschaftliche Integration Europas muss von der politischen Bereitschaft getragen sein, eine an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verwirklichen. Grundlage hierfür ist der enge Zusammenschluss aller freier Länder, die die demokratischen Grundrechte und freie und unabhängige Gewerkschaftsorganisationen anerkennen.“<sup>5</sup>

In den folgenden Jahren rückten Überlegungen zu einer europäischen Sozialcharta, zu Mitbestimmungsregelungen auf den verschiedenen Ebenen, zur Arbeits- und Umweltschutzpolitik, zur Forschung und ihrer sozialen Begleitung in das Blickfeld der Gewerkschaften.<sup>6</sup> Seit den 1990er Jahren war die europäische Integration geprägt durch die Wirtschafts- und Währungsunion und die Erweiterung der Union um die Staaten Mittel- und Osteuropas. Beide Entwicklungen stellten die europäischen Gewerkschaften vor komplexe Aufgaben. Die zukünftige Gewerkschaftspolitik des DGB und seiner Gewerkschaften in der „neuen“ Europäischen Gemeinschaft spiegelt der Leitantrag 2 „Für eine soziale Europäische Union“ des 18. Ordentlichen Bundeskongress des DGB vom 22. bis 26. Mai 2006 in Berlin wider.<sup>7</sup>

Die folgenden Ausführungen sollen die Aktenüberlieferung des DGB-Archivs zum Themenkomplex der europäischen Integration dokumentieren. Einschränkend sei darauf hingewiesen, dass der gesamte Aktenbestand des DGB-Bundesvorstands noch nicht vollständig erschlossen ist, wodurch die Darstellung nur eine Momentaufnahme der bisher verzeichneten Akten darstellen kann.<sup>8</sup>

3 Siehe zu Europäische Gewerkschaftsorganisationen Willy Buschak: „Der Europäische Gewerkschaftsbund und die Europäischen Gewerkschaftsbünde“ in: Uwe Optenhögel/Michael Schneider/Rüdiger Zimmermann (Hg.): Europäische Gewerkschaftsorganisationen. Bestände im Archiv der sozialen Demokratie und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 9–19, Bonn 2003.

4 Vgl. Otto Brenner: Europa und die soziale Frage, in: Die Neue Gesellschaft 4 (1972), S. 259 ff.

5 DGB-Grundsatzprogramm 1981, in: Protokoll des 4. Außerordentlichen Bundeskongress vom 12. bis 14.3.1981 in Düsseldorf, S. 18.

6 Siehe WSI Mitteilungen 10/1989, 42. Jahrgang Themenheft: „Europa für Arbeitnehmer“, Köln 1989.

7 Siehe Leitantrag 2 in: Beratungsunterlagen zum 18. Ordentlichen Bundeskongress, S. 385–397.

8 Gegenwärtig umfasst der Bestand ca. 58.000 Akten (= 3.500 lfm.) für den Zeitraum 1949 bis 2006.

Soweit erschlossen, lässt sich feststellen, dass Aktenbestände zu den europapolitischen Aktivitäten des DGB für sämtliche Abteilungen des DGB-Bundesvorstands vorliegen. Die umfangreichste Aktenüberlieferung zur Europapolitik befinden sich zum einen in dem Bestand des Vorstandsbereichs „DGB-Vorsitzender“ und zum anderen in den Sekretariatsakten der zuständigen Bundesvorstandsmitglieder für Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dabei handelt es sich überwiegend um Sachakten zu den gewerkschaftspolitischen Kernbereichen sowie Gremienakten – Arbeitsgruppen, Ausschüsse, Kommissionen – zu den Institutionen der Europäischen (Wirtschafts-)Gemeinschaft und der Europäischen Union. Stellungnahmen des DGB zu den politischen Entscheidungen auf der europäischen Ebene wie den Römischen Verträgen, zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft (so die Bezeichnung seit der Fusion der Organe von EGKS, EURATOM und EWG 1967), zu dem Vertrag von Maastricht (1993), zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU 1999) und zur EU-Osterweiterung (2004) befinden sich in den Akten der Sitzungen des Bundesvorstands bzw. Bundesausschusses aber auch in den Anträgen und Beschlüssen zu den Bundeskongressen des DGB.<sup>9</sup> Neben dieser Schriftgutüberlieferung der Bundesvorstandsverwaltung gibt es im DGB-Archiv den außerordentlich hoch einzuschätzenden Aktenbestand von Heinz Oskar Vetter aus seiner Tätigkeit als Abgeordneter des Europäischen Parlaments von 1979 bis 1989.<sup>10</sup>

Nach dieser grob skizzierten Bestandsaufnahme der Überlieferungen zur Europapolitik des DGB soll im Folgenden auf einige Aktenbestände näher eingegangen werden. Die Vorstandsbereiche des DGB-Vorsitzenden sowie der Wirtschafts- und der Sozialpolitik wurden beispielhaft ausgewählt, da sich an diesen drei Vorstandsbereichen auch die gewerkschaftspolitischen Aktivitäten des DGB in der Europapolitik am Besten widerspiegeln lassen.<sup>11</sup>

Die internationale Arbeit, insbesondere auf der europäischen Ebene, hatte für den DGB und seinen Gewerkschaften von Beginn an eine hohen Stellenwert, galt es doch für die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung das Eis zu brechen in der öffentlichen Meinung des Auslands aufgrund dessen Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Die Bedeutung dieser internationalen Arbeit wurde auch dadurch dokumentiert, dass Ludwig Rosenberg als Mitglied des DGB-Bundesvorstands mit der Leitung der Auslandsabteilung beauftragt wurde.<sup>12</sup> In dieser Anfangsphase der Europapolitik des DGB standen die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas und die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen im

- 9 Neben den Protokollbänden der Bundeskongresse des DGB befinden sich auch in den Sitzungsakten der Antragskommission zu den Bundeskongressen diverse Anträge der Mitgliedgewerkschaften zu Fragen der europäischen Integration, die nicht als Beschlussvorlage beim Bundeskongress zugelassen wurden. Siehe hierzu DGB-Archiv im AdSD, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Organisation 5/DGAL.
- 10 Der Aktenbestand des „Düsseldorfer Büros“ von Heinz Oskar Vetter wurde dem DGB-Archiv 1999 übergeben und umfasst 205 Boxen zuzüglich 77 Boxen von Rede- und Referatsmanuskripten. Hinzu kommen noch 16 Boxen Nachlassgut aus seiner Zeit als DGB-Vorsitzender. Zu diesen Beständen gibt es bisher nur Abgabeverzeichnisse, eine endgültige Verzeichnung steht noch aus.
- 11 Da diese drei Vorstandsbereiche des DGB am weitesten erschlossen sind, lassen sich zu diesen Bereich detailliertere Informationen geben.
- 12 Leider behandelt die von Frank Ahland 2002 erscheinende Dissertation über Ludwig Rosenberg („Der Bürger als Gewerkschafter“) nicht sein gewerkschaftspolitisches Handeln zwischen 1949 bis 1969. Es

Vordergrund der gewerkschaftlichen Aktivitäten. Der „Schuman-Plan“, die Gründung der Montanunion mit der Entsendung von Heinz Potthoff als Vertreter der Gewerkschaften in die Hohe Behörde der Europäischen Gewerkschaft für Kohle und Stahl<sup>13</sup> und der Weg von der europäischen Wirtschaftsintegration zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind in den Akten der damaligen Hauptabteilung Wirtschaftspolitik sowie in den Sekretariatsakten der zuständigen Vorstandsmitglieder Hans vom Hoff und Ludwig Rosenberg dokumentiert. Ludwig Rosenberg war in seiner Amtszeit immer wieder die „treibende Kraft“ innerhalb der Gewerkschaften für die Idee der europäischen Integration.<sup>14</sup> So war er als DGB-Vertreter Vorstandmitglied im „Deutschen Rat der Europäischen Bewegung“, dessen Aufgabe die politische Unterstützung des Europagedankens war, beteiligte sich im „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ und hatte enge Kontakte zu dessen Leitfigur Jean Monnet.<sup>15</sup>

Bei der Gründung der EWG gelang es den Gewerkschaften nicht, einen Gewerkschafter in die EG-Kommission zu berufen. Lediglich im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Gemeinschaft war eine gewerkschaftliche Repräsentanz vorhanden. Von Seiten des DGB waren Ludwig Rosenberg, der von 1960 bis zu seiner Wahl 1962 zum DGB-Vorsitzenden auch Präsident dieses Ausschusses war, und die Mitglieder der Geschäftsführenden Bundesvorstands Hermann Beermann (Abteilung Sozialpolitik) und Maria Weber (Abteilung Frauen/Berufliche Bildung) Mitglieder in diesem Beratungsorgan vertreten.<sup>16</sup> Erst 1967 wurde ein Gewerkschafter, Wilhelm Haferkamp, Mitglied der EG-Kommission.<sup>17</sup> Die Auseinandersetzungen um die Repräsentanz der Gewerkschaften innerhalb der EWG-Administration, die Treffen zwischen Gewerkschaften und EG-Kommission sowie die Sitzungen des Wirtschafts- und Sozialausschusses sind detailliert in den Aktenbeständen der Abteilungen Wirtschafts- und Sozialpolitik und des Vorsitzenden überliefert. Wichtige Ergänzungsüberlieferung dieser Jahre sind die Sitzungsprotokolle von Bundesvorstand und Bundesaus-

bleibt zu hoffen, dass diese biografische Lücke demnächst durch eine Anschlussstudie von Frank Ahl and geschlossen wird.

- 13 Siehe Kurzbiografie über Heinz Potthoff von Klaus Mertsching in *Neue Deutsche Biographie, Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* (Hg.), Bd. 20, Berlin 2001, S. 683 f.
- 14 Siehe z. B. Ludwig Rosenberg: Eine Idee beschäftigt die Welt, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 6 (1950), S. 241–244.
- 15 Siehe hierzu die Aktenüberlieferung der Vorstandssekretariate der Hauptabteilung Ausland (1949–1954) und der Hauptabteilung Wirtschaftspolitik (1954–1962) von Ludwig Rosenberg.
- 16 Sitzungs- und Beratungsunterlagen zu den Ausschusssitzungen befinden sich in der Aktenüberlieferung der Vorstandssekretariate sowie in Aktenbeständen der Abteilungen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Frauen.
- 17 Wilhelm Haferkamp (1923–1995), Mitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, 1950 Referent in der Abteilung Sozialpolitik im DGB-Landesbezirk NRW, 1953–1957 hauptamtliches Vorstandsmitglied im DGB-Landesbezirk NRW, 1957–1962 Vorsitzender des DGB-Landesbezirkes NRW, 1958–1966 und zeitweilig bis 1967 Mitglied im nordrhein-westfälischen Landtag, von 1958–1963 Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Fraktion, 1962–1967 Mitglied des GBV, Leitung Abteilung Wirtschaftspolitik, 1967–1984 Mitglied der EG-Kommission und ab 1973 deren Vizepräsident, ab 1985 bis zu seinem Tode Interessenvertreter Hamburgs bei der EG in Brüssel.

schluss, in denen sich auch die unterschiedlichen Positionen der Gewerkschaften zur europäischen Integration widerspiegeln.<sup>18</sup>

In den 1970er Jahren trat die wirtschaftliche Integration Europas durch den Beitritt der Länder Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen und die Debatte über eine Wirtschafts- und Währungsunion in eine Phase, die als wichtige Etappe auf dem Wege zu einer gesamteuropäischen Orientierung gewertet werden konnte. Diese politische Entwicklung setzte auch beim DGB eine aktivere europäische Gewerkschaftsarbeit voraus. Nach der Wahl zum DGB-Vorsitzenden 1969 hatte Heinz Oskar Vetter einen persönlichen Europareferenten eingestellt – Anton Müller-Engstfeld – der für die Koordination der Europaarbeit des DGB zuständig war.

Nachdem der 9. Ordentliche Bundeskongress des DGB 1972 Anträge zur europäischen Integration verabschiedet hatte,<sup>19</sup> wurde aus der Internationalen Abteilung des DGB die Abteilung Europäische Integration ausgegliedert. Die Hauptaufgaben dieser Abteilung war die Koordinierung und Vertretung der europäischen Politik des DGB gegenüber dem Europäischen Gewerkschaftsbund, den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft der Bundesregierung und den europäischen Verbänden. Angesiedelt war diese Abteilung im Vorstandsbereich von Alfons Lappas (Abteilung Finanzen), der gemeinsam mit Maria Weber und Gerd Muhr Vertreter des DGB im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Gemeinschaft war. Diese Abteilung wurde 1975 als Referat „Europapolitik“ wieder der Internationalen Abteilung zugeordnet. Die komplette Überlieferung dieser Abteilung sind in den Aktenbestand der Internationalen Abteilung integriert worden.

Um eine wirksame Vertretung der Arbeitnehmerrechte gegenüber den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft zu erreichen, war ein regelmäßiger Meinungsaustausch mit den Mitgliedern der Europäischen Kommission, den Generaldirektoren der Kommission oder dem Ministerrat erforderlich. Die Bemühungen, gewerkschaftliche Positionen in dem politischen Willensbildungsprozess der Kommission oder des Ministerrates mit einzubeziehen, waren nur begrenzt möglich. Von den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft wurde dem Wirtschafts- und Sozialausschuss, der eine beratende Aufgabe wahrnimmt, große Bedeutung beigemessen.<sup>20</sup> Während der Präsidentschaft von Alfons Lappas gelang es, dem Ausschuss seine Stellung gegenüber den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft zu profilieren. In den Sekretariatsakten und in den Sachakten der Abteilungen von Gerd Muhr (Sozialpolitik), Alfons Lappas (Finanzen), Maria Weber (Frauen) und – nach dem Ausschei-

18 In den Bänden 11 bis 13 der Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert lassen sich diese Diskussionen anhand der editierten Protokolle nachvollziehen.

19 Siehe u. a. Antrag 63 des Bundesvorstands zur Europäischen Integration in: Protokoll des 9. Ordentlichen Bundeskongress des DGB in Berlin vom 25. bis 30.6.1972.

20 Siehe Bericht von Maria Weber/Ursula Engelen-Kefer/Gerd Muhr/Karl Heinz Hoffmann/Alois Pfeiffer/Karlheinz Friedrich/Dietmar Cremer: Aufgaben und Struktur des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Gemeinschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5 (1979), S. 280–284.

den von Alfons Lappas aus dem DGB-Bundesvorstand 1977 – von Alois Pfeiffer (Wirtschaftspolitik)<sup>21</sup> wird diese Ausschussarbeit dokumentiert.

Da die Integration Europas überwiegend von wirtschaftlichen Interessen bestimmt wurde und die politischen und sozialen Entwicklungen zu kurz kamen, versprachen sich die Gewerkschaften von der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament 1979 eine verstärkte Demokratisierung der Entscheidungsprozesse in Europa und eine stärkere Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen. Als Kandidaten für die SPD wurden Heinz Oskar Vetter und Eugen Loderer (Vorsitzender der IG Metall) nominiert. Deren Kandidatur war Anlass innerhalb, aber mehr außerhalb der Gewerkschaften zur Diskussion über das Prinzip der Einheitsgewerkschaft.<sup>22</sup> Heinz Oskar Vetter wurde gewählt und blieb zehn Jahre Mitglied des Europaparlaments. Seine Fraktionsunterlagen wurden dem DGB-Archiv nach seinem Tode übergeben. Damit besitzt das Archiv einen Aktenbestand, der 20 Jahre Europapolitik aus der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Sicht dokumentiert. Im Rahmen einer noch ausstehenden Biografie über Heinz Oskar Vetter sind diese Materialien für seine europäischen Aktivitäten auf der gewerkschaftlichen wie politischen Handlungsebene von Bedeutung.

Seit den 1980er Jahren gewann die Europapolitik zunehmend Einfluss auf die gewerkschaftlichen Handlungsspielräume. Die Debatten der EG/EU-Gremien über die Einführung der gemeinsamen Währung, die Setzung sozialpolitischer Mindeststandards in Europa oder die Einführung einer europäischen Beschäftigungspolitik wirkten sich auch direkt auf die gewerkschaftliche Politik des DGB und seiner Gewerkschaften aus. Die hieraus resultierenden Arbeitsfelder europäische Beschäftigungspolitik, europäische Sozialpolitik, EU-Erweiterung, Grundrechtecharta, um nur einige Themenschwerpunkte zu nennen, sind in den Sachakten der zuständigen Bundesvorstandsabteilungen überliefert.

Die fortschreitende politische Europäische Integration setzte auch eine Präsenz des DGB an den jeweiligen Sitzen des Europäischen Parlaments in Straßburg und Brüssel voraus. Die Akten dieser beiden Verbindungsbüros sind komplett bis 2004 vom Archiv übernommen. Stellungnahmen zu den politischen Entscheidungsprozessen auf der europäischen Ebene befinden sich auch in den Akten des Vorstandsbereichs Vorsitzender und in den Protokollen der Sitzungen des Bundesausschusses und des Bundesvorstandes.<sup>23</sup>

Die Thematik der europäischen Integration wurde von der wissenschaftlichen Forschung bisher, zumindest aus der Sicht des DGB-Archivs, eher „stiefmütterlich“ behandelt. In den

21 Alois Pfeiffer (1924–1987) Forstwirt, Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF), Akademie der Arbeit, Jugendsekretär, Vorsitzender des GGLF-Landesbezirkes Nordrhein-Westfalen, Hauptvorstand und ab 1969 Vorsitzender der GGLF, 1975–1984 Mitglied des GBV, Leitung Abteilung Wirtschaftspolitik, 1984 bis zum Tod EG-Kommissar in Brüssel.

22 Vgl. hierzu Diskussionsbeiträge von Karl Hauenschild/Karl Heinz Hoffamm/Eugen Loderer/Walter Schongen: Gewerkschafter für Europa. Gewerkschafter begründen ihre Kandidatur für Direktwahlen zum Europäischen Parlament, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5 (1979), S. 272–280.

23 Die Aktenbestände der letzten 20 Jahre können nur mit einer Sondergenehmigung eingesehen werden, da bei der Übernahme des DGB-Archivs in das Archiv der sozialen Demokratie eine 20-jährige Sperrfrist dieser Akten vereinbart wurde. Stellungnahmen des DGB zur Europapolitik können seit 1996 auf der Homepage des DGB unter: <www.dgb.de>, teilweise als Volltext, eingesehen werden.

letzten zehn Jahren wurden insgesamt sieben Dissertationen bzw. Magisterarbeiten unter Zuhilfenahme der Aktenbestände des DGB-Archivs erstellt. Thematische Schwerpunkte waren der Schuman-Plan, die Römischen Verträge, die EWG, die europäische Integration in den 1950er und 60er Jahren sowie das „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“. Forschungsarbeiten über die gewerkschaftliche Entwicklung in Europa ergänzen diese Thematik.

Die hier dargestellte Aktenüberlieferung des DGB-Archivs zur europäischen Integration kann aufgrund des umfangreichen Materials nur einen exemplarischen Charakter haben und somit nur einen Teil der tatsächlichen Aktenlage widerspiegeln. Eine komplette Darstellung der Europaaktivitäten der einzelnen Bundesvorstandsabteilungen steht noch aus. Für die wissenschaftliche Forschung jedoch sind die Akten des DGB-Archivs eine wichtige nichtstaatliche Quelle zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der europäischen Integration.